

TOP 3.4.6 Wiener Budgetvoranschlag 2014

Einnahmen:

Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,7 % auf 12.050.475.000 EUR, die Ausgaben steigen um rund 1,0 % auf 12.339.424.000 EUR. Administrativ ergibt sich ein Abgang von rund 288,9 Mio. EUR.

Der Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen sinkt gegenüber dem Vorjahr nominell um rund 5,8 Mio. EUR auf rund 1.324,0 Mio. EUR; prozentuell um 0,4 Prozentpunkte auf 11,0 %. Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe werden nicht zuletzt im Hinblick auf die prognostizierten Wirtschaftsdaten um rund 313,0 Mio. EUR höher angesetzt und steigen auf rund 5.659,7 Mio. EUR, das sind rund 47,0 % der Gesamteinnahmen (Vorjahr: rund 45,1 %). Die Einnahmen aus Gebühren steigen um rund 15,3 Mio. EUR auf 448,3 Mio. EUR. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen bleibt mit rund 3,7 % gleich hoch wie im Vorjahr.

Im Einzelnen entfallen auf:

	Letzte Anpassung	Mio. EUR	Kostendeckung %
Wassergebühr	1.1.2012	188.000	112,31
Müllbeseitigungsgebühr	1.1.2012	260.324	112,89
Abwassergebühren	1.1.2012	203.865	76,50
Prüfgebühren	1.5.1991	7.620	48,40
Gebühren für die Entfernung von Fahrzeugen	1.1.2012	7.770	95,41

Entwicklung ausgewählter Landes- und Gemeindeabgaben:

	VA 2013	VA 2014
Grundsteuer von den Grundstücken	105.000.000	108.000.000
Kommunalsteuer	720.000.000	735.000.000
Fremdenverkehrsabgaben	18.000.000	18.500.000
Vergnügungssteuern o. Zweckwidmung	60.000.000	55.000.000
Abgaben f.d. Gebrauch v. öffentlichem Grund	150.000.000	158.000.000
Dienstgeberabgabe	60.000.000	60.000.000
Parkometerabgabe	138.717.000	110.717.000
Laufende Transferzahlungen v. priv. HH (Abgaben- u. Verwaltungsstrafen)	75.000.000	63.000.000

Ausgaben:

Eine Gliederung der Gesamtausgaben zeigt nachstehendes Bild: 12.339.424.000 EUR (Voranschlag 2013: 12.220.278.000 EUR). Bei den Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstigen Ruhebezüge des Magistrats ist bei einem Vergleich mit dem Vorjahr ein Anstieg von rund 81,9 Mio. EUR (2013: 62,3) zu verzeichnen. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 19,0 % (2013: rund 18,5 %). Für das Personal der Wiener Stadtwerke einschließlich des Pensionsaufwandes ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine nominelle Steigerung um rund 4,3 Mio. EUR auf rund 817,0 Mio. EUR, das sind rund 6,6 % der Gesamtausgaben (Vorjahr rund 6,6 %).

Bei den laufenden Transferzahlungen mit rund 4.371,5 Mio. EUR ergibt sich ein Rückgang um rund 439,8 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen sie rund 35,4 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 39,4 %). Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass durch die Umstellung der Veranschlagung bzw. Verrechnung beim laufenden Zuschuss an die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund keine Budgetierung auf Ansatz 8591 mehr erfolgt.

Mehr Mittel gegenüber dem Vorjahr wurden vor allem für Soziales (Bedarfsorientierte Mindestsicherung) und für die Dotation des Fonds Soziales Wien zur Verfügung gestellt. Es entfallen u.a. auf:

	Mio. EUR
Soziales	528,9 (2013: 492,6)
Dotation Fonds Soziales Wien	885,8 (2013: 828,9)
Gesundheit	637,2
Betriebskostenzuschuss Wiener Linien	335,2 (2013: 331,9)
Betriebskostenzuschuss Wiener Krankenanstaltenverbund	1.093,4 (2013: 1.172,7)

Die Aufwendungen für den Schuldendienst, der im Vorjahr rund 321,4 Mio. EUR betragen hatte, steigen im Voranschlag 2014 auf rund 790,3 Mio. EUR, das sind anteilmäßig an den Gesamtausgaben rund 6,4 % (Vorjahr: rund 2,6 %). Auf die Tilgung entfallen rund 701,4 Mio. EUR und auf die Verzinsung rund 88,9 Mio. EUR. Der Gesamtschuldenstand der Stadt Wien per 31.12.2013 beträgt 4.564.752.000 EUR.

Im Folgenden werden die Ausgaben der einzelnen Gruppen (Auswahl) des ordentlichen Voranschlages 2013 dargestellt:

Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2013 um rund 144,5 Mio. EUR auf rund 1.972,5 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 16,0 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 15,0 %). Wesentliche Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr sind bei den Abschreibungen (Ansatz 2102) und Pensionen (Ansatz 2080) der Landeslehrerinnen und Landeslehrer sowie auf Ansatz 2400, Kindergärten, bei den Personalkosten für den Ausbau von städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen veranschlagt.

Im Einzelnen:

	Mio. EUR	
	VA 2013	VA 2014
Kindergärten – Gesamteinnahmen	46,2	50,274
Kindergärten – Gesamtausgaben	393,4	412,675

Auf den Personalaufwand (einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge) entfallen rund 321,3 Mio. EUR und auf den Sachaufwand (ohne Instandhaltung der Bezirke) rund 91,4 Mio. EUR. Für die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen werden rund 256,6 Mio. EUR veranschlagt. Davon sind 221,5 Mio. EUR für die Förderung der Betreuung von Kindergartenkindern, 30,0 Mio. EUR für die Förderung der Betreuung von Schulkindern und 5,1 Mio. EUR für den weiteren Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes im privaten Bereich vorgesehen.

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2013 um rund 172,7 Mio. EUR auf rund 2.421,8 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 19,6 % (2013: 18,4 %) der Gesamtausgaben. Diese Steigerung ist vor allem auf eine höhere Dotation an den Fonds Soziales Wien sowie bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung zurückzuführen. Die Dotation an den Fonds Soziales Wien für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben beträgt rund 885,8 Mio. EUR. Für das Amt für Jugend und Familie sind rund 2,7 Mio. EUR veranschlagt. Bei der allgemeinen Sozialhilfe steigen die Ausgaben auf rund 585,9 Mio. EUR (Vorjahr: 544,0 Mio. EUR). Hierbei beträgt der Personalaufwand (inkl. Pensionen und sonstige Ruhebezüge) rund 33,5 Mio. EUR und der Sachaufwand rund 552,4 Mio. EUR. Der größte Anstieg war hierbei bei den sonstigen laufenden Transferzahlungen an private Haushalte zu verzeichnen:

	Mio. EUR	
	VA 2013	VA 2014
Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts	446,1	487,6
Hilfe in besonderen Lebenslagen	24,0	19,6

Der Aufwand im Pflegekinderwesen für die derzeit in Pflege der Stadt Wien stehenden Kinder wird mit rund 126,1 Mio. EUR angenommen. Für familienfördernde Maßnahmen sind rund 9,7 Mio. EUR vorgesehen.

Die Zuordnung der Ausgaben für die Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung in der Höhe von rund 689,4 Mio. EUR zeigt nachstehendes Bild:

	Mio. EUR	
	VA 2013	VA 2014
Förderung des Wohnbaues	55,7	59,6
Wohnbauförderung Neubau	342,2	366,1
Förderung der Wohnhaussanierung	216,0	259,9

Gesundheit:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2013 um rund 703,9 Mio. EUR auf rund 2.139,5 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 17,3 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 11,7 %). Die Erhöhung dieser Ausgabengruppe ist vor allem auf die Umstellung der Veranschlagung bzw. Verrechnung beim laufenden Zuschuss und beim Investitionskostenzuschuss für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund zurückzuführen.

Beim Ansatz 5001, Gesundheitswesen, ist mit Ausgaben von rund 63,0 Mio. EUR zu rechnen. Davon entfallen Leistungen für Personal sowie Pensionen und sonstige Ruhebezüge rund 31,6 Mio. EUR und auf den Sachaufwand rund 31,4 Mio. EUR. Im Rahmen des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes für den insgesamt 74,1 Mio. EUR aufgewendet werden, ist unter anderem mit rund 61,2 Mio. EUR für den Personalstand inkl. Pensionen und sonstige Ruhebezüge, für diverse bauliche Maßnahmen mit rund 1,3 Mio. EUR und für die Anschaffung von Rettungsfahrzeugen mit rund 06 Mio. EUR vorgesorgt.

Wirtschaftsförderung:

Die Ausgaben sinken gegenüber dem Voranschlag 2013 um rund 13,4 Mio. EUR auf rund 119,6 Mio. EUR. Der Rückgang im Vergleich mit dem Vorjahr ist hauptsächlich auf eine Verringerung bei der Garagenförderung zurückzuführen. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 1,1 % der Gesamtausgaben – wie auch im Vorjahr. Der in dieser Gruppe verrechneten Fremdenverkehrsförderung werden rund 21,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, davon rund 18,5 Mio. EUR für Förderungen aus den Erträgen der Ortstaxe. Für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft werden rund 2,9 Mio. EUR und für den Bereich, Energieplanung, rund 2,6 Mio. EUR bereitgestellt. Im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsangelegenheiten werden für die weitere Aufschließung von Betriebsbaugebieten Mittel in der Höhe von rund 1,7 Mio. EUR (2013: 3,0 Mio. EUR) vorgesehen.

Für die allgemeine Wirtschaftsförderung werden rund 74,0 Mio. EUR bereitgestellt. Davon entfallen u.a. auf die Wiener Geschäftsstraßenförderung rund 1,2 Mio. EUR, auf technologische Großprojekte rund 11,4 Mio. EUR, auf wirtschaftliche Großprojekte rund 4,9 Mio. EUR und auf die Förderung aus der Parkometerabgabe und Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagensetz rund 22,9 Mio. EUR.

Für Wirtschafts- und Technologieentwicklung werden rund 0,4 Mio. EUR und für wirtschaftliche (Notstands-) Maßnahmen 18,0 Mio. EUR vorgesehen (in der Langversion des Wiener Budgetvoranschlags sind hier lediglich 16,0 Mio. EUR vorgesehen).

AK-Forderungen zum Wiener Budgetvoranschlag 2014:

1. Eine Weiterentwicklung des Wiener Rechnungswesens in Richtung einer integrierten Vermögens-, Finanz- und Erfolgsrechnung ist aus Gründen der Transparenz wünschenswert
2. Solange für Kommunen wie Städte andere einnahmeseitige Finanzierungsquellen nicht forciert werden, sind Gebühren- und Abgabenerhöhungen oftmals die einzige Möglichkeit das Budget einnahmenseitig zu konsolidieren. Die AK fordert daher eine Modernisierung gemeindeeigener, vermögensbezogener Abgaben, wie Grundsteuer oder Umwidmungsabgabe.
3. Die AK fordert eine adäquate finanzielle Ausstattung zur Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur. Sparsbemühungen können dazu führen dass die Infrastruktur finanziell ausgedünnt wird.
4. Die AK fordert ausreichende finanzielle Mittel für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen. Zwar hat Wien – im Unterschied zu den anderen Bundesländern – die Zweckbindung der Wohnbauförderung nicht aufgehoben; trotzdem braucht es zusätzliche Mittel um den notwendigen Wohnungsneubau zu finanzieren. Aktuelle Bevölkerungs- und Haushaltprognosen gehen in den nächsten Jahren von einem starken Zuwachs an privaten Haushalten aus. Dieser Zuwachs kommt aus der anhaltenden Zuwanderung (aus dem Ausland sowie auch aus den Bundesländern) als auch aus der Veränderung der Sozialstruktur (mehr Singlehaushalte).
5. Die Zunahme der kommunalen Verschuldung hat insbesondere einen Grund: die Bewältigung der Krise. Im Bundesländervergleich liegt Wien an sechster Stelle der Pro/Kopf/Verschuldung. Trotzdem fordert die AK, nicht nur aufgrund der neuesten Spekulationsvorkommnissen, dass auch Wien seine Risiken im Fremdkapitalmanagement verstärkt im Auge behält.
6. Die AK fordert ein adäquates Spekulationsverbot für Länder und Gemeinden. Überlegenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Einführung von Sanktionen.

7. Die AK fordert einen jährlichen Finanzschuldenbericht. In diesem Bericht sollten u.a. die Fremdmittelaufnahmen bzw. deren Einsatz ausgewiesen werden. In diesem Zusammenhang fordert die AK auch eine strategische Vorschau diverser Finanzvorhaben in Wien, die öffentlich einsehbar sein muss.